



451 Bericht von Geraldine Dany-Knedlik, Alexander Kriwoluzky, Jo-Ya Kung und Ruben Staffa

Staatskonsum stabilisiert die Wirtschaft kurzfristig, Steuersenkungen wirken stärker, aber verzögert

- Finanzpolitischer Kurswechsel umfasst Ausgaben und steuerliche Entlastungen – die Wirkung der Instrumente ist entscheidend
- Ein zusätzlicher Euro Staatskonsum erhöht das BIP unmittelbar um rund einen Euro, eine Steuersenkung mittelfristig um rund 1,80 Euro
- Öffentliche Investitionen, Staatskonsum und Steuerentlastungen erfüllen unterschiedliche wirtschaftspolitische Ziele und sollten gezielt kombiniert werden

457 Interview mit Ruben Staffa

460 Kommentar von Claudia Kemfert

Tankrabatt hat Milliarden gekostet – und fast nichts gebracht

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

In Westdeutschland ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, daß sich das Wachstum allgemein verlangsamt, und daß die Spannungen zwischen Nachfrage und Angebot auf den Gütermärkten im ganzen kaum mehr zunehmen, in einzelnen Bereichen sogar abklingen. Dagegen hat sich das Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Lohn- und Gehaltssätze und der Arbeitsproduktivität, d. h. der Zunahme des Realwertes des Bruttosozialprodukts je abhängig Beschäftigten, vergrößert. Der dieser Spannung an sich entsprechende Preisauftrieb hat sich jedoch nicht in vollem Maße durchgesetzt.

Aus dem Wochenbericht Nr. 28/29 vom 13. Juli 1956

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 15. Juli 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann; Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Stefan Bach

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer; Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter www.diw.de/wb-anmeldung

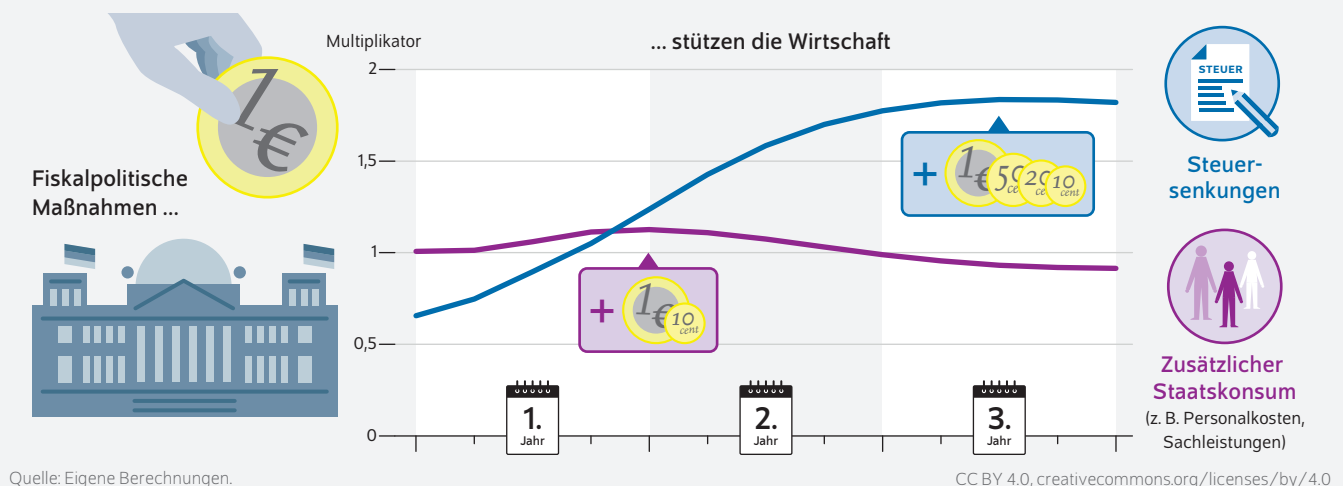
ISSN 1860-8787

Staatskonsum stabilisiert die Wirtschaft kurzfristig – Steuersenkungen wirken stärker, aber verzögert

Von Geraldine Dany-Knedlik, Alexander Kriwoluzky, Jo-Ya Kung und Ruben Staffa

- Finanzpolitischer Kurswechsel umfasst neben Sondervermögen und gelockerter Schuldenbremse auch steuerliche Entlastungen – Wirkung der Instrumente ist entscheidend
- Ein zusätzlicher Euro Staatskonsum erhöht Bruttoinlandsprodukt (BIP) kurzfristig um rund einen Euro, die maximale Wirkung wird bereits innerhalb eines Jahres erreicht
- Steuersenkungen wirken langsamer, entfalten mittelfristig jedoch stärkere Effekte: Je Euro Entlastung steigt BIP nach rund zwei Jahren um etwa 1,80 Euro
- Staatskonsum eignet sich vor allem zur kurzfristigen Stabilisierung der Konjunktur, steuerliche Entlastungen für stärkere Impulse über einen längeren Zeitraum
- Öffentliche Investitionen, Staatskonsum und Steuerentlastungen erfüllen unterschiedliche wirtschaftspolitische Ziele und sollten gezielt kombiniert werden

Ein zusätzlicher Euro Staatskonsum lässt das Bruttoinlandsprodukt rasch um rund einen Euro steigen, ein Euro Steuersenkung wirkt zeitlich verzögert, aber stärker



ZITAT

„Der finanzpolitische Kurswechsel umfasst Ausgaben und steuerliche Entlastungen. Unsere Analyse macht deutlich, dass unterschiedliche Instrumente unterschiedliche Ziele erfüllen: Staatskonsum stabilisiert die Konjunktur kurzfristig, steuerliche Entlastungen entfalten mittelfristig stärkere gesamtwirtschaftliche Impulse.“

— Ruben Staffa —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Ruben Staffa
www.diw.de/mediathek

Staatskonsum stabilisiert die Wirtschaft kurzfristig, Steuersenkungen wirken stärker, aber verzögert

Von Geraldine Dany-Knedlik, Alexander Kriwoluzky, Jo-Ya Kung und Ruben Staffa

ABSTRACT

Die Reform der Schuldenbremse und das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität haben die fiskalischen Handlungsspielräume Deutschlands deutlich erweitert. Der damit verbundene finanzpolitische Kurswechsel eröffnet nicht nur Möglichkeiten für zusätzliche öffentliche Investitionen: Die neuen Mittel können auch für mehr Staatskonsum genutzt werden. Zugleich hat die Bundesregierung mit steuerlichen Entlastungen für Unternehmen und private Haushalte auch einnahmenseitige Impulse gesetzt. Da die unterschiedlichen Instrumente um denselben begrenzten fiskalischen Spielraum konkurrieren, stellt sich die Frage, mit welchem Ansatz ein zusätzlicher Euro die größte Wirkung auf die Gesamtwirtschaft erzielt. Die vorliegende Studie kommt zu dem Ergebnis, dass ein zusätzlicher Euro Staatskonsum die Wirtschaftsleistung kurzfristig um etwa einen Euro erhöht. Die Wirkung entfaltet sich rasch und erreicht ihr Maximum von 1,10 Euro innerhalb eines Jahres. Steueränderungen haben dagegen stärkere, aber zeitlich verzögerte Effekte: Eine Steuersenkung um einen Euro lässt die Wirtschaftsleistung mittelfristig um rund 1,80 Euro steigen, wobei die maximale Wirkung erst nach etwa zwei Jahren erzielt wird. Die Analyse legt nahe, dass Staatskonsum die Konjunktur kurzfristig stabilisieren kann, während Steuerentlastungen längerfristig größere gesamtwirtschaftliche Impulse entfalten können. Für die Nutzung der neuen fiskalischen Spielräume ist daher nicht nur das Volumen entscheidend, sondern auch, wie die Maßnahmen ausgestaltet werden.

Mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie der Reform der Schuldenbremse hat Deutschland im Jahr 2025 seine fiskalischen Handlungsspielräume erheblich ausgeweitet. Während das Sondervermögen vor allem zusätzliche öffentliche Investitionen ermöglichen soll, eröffnet die Lockerung der Schuldenbremse zusätzliche Verschuldungsspielräume insbesondere für Verteidigungsausgaben sowie für die Länder. Der finanzpolitische Kurswechsel – von einem Konsolidierungspfad hin zu einer deutlich expansiveren Ausrichtung – beschränkt sich dabei nicht auf die Ausgabenseite: Mit steuerlichen Entlastungen für Unternehmen – unter anderem erweiterter Abschreibungsmöglichkeiten und einer schrittweisen Senkung der Körperschaftsteuer – sowie weiteren geplanten Entlastungen und Reformen zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung setzt die Bundesregierung zugleich auf einnahmenseitige Impulse. Damit stellt sich nicht nur die Frage nach dem Volumen der zusätzlichen Mittel, sondern vor allem die nach dem geeigneten Instrumentenmix: Wie stark beeinflussen ausgaben- und einnahmenseitige Maßnahmen jeweils die Wirtschaftsleistung? Die Wirkung dieser Maßnahmen wird häufig mithilfe sogenannter fiskalischer Multiplikatoren beschrieben. Sie zeigen, um wie viele Euro das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt oder fällt, wenn der Staat einen zusätzlichen Euro für Konsumzwecke ausgibt oder den privaten Haushalten und Unternehmen durch Steueränderungen mehr beziehungsweise weniger Einkommen zur Verfügung stellt. Die Höhe dieser Multiplikatoren bestimmt, wie wirksam staatliche Impulse die Konjunktur stabilisieren oder die wirtschaftliche Entwicklung fördern können.

Die empirische Literatur zeigt, dass die Höhe fiskalischer Multiplikatoren erheblich davon abhängen kann, welche Annahmen über die kurzfristigen Wechselwirkungen zwischen Staatskonsum, Steuereinnahmen und Wirtschaftsleistung getroffen werden.¹ Dieser Bericht schätzt Fiskalmultiplikatoren für Deutschland mit einem Ansatz, der theoretische

¹ Vgl. Karel Mertens und Morten O. Ravn (2014): A Reconciliation of SVAR and Narrative Estimates of Tax Multipliers. *Journal of Monetary Economics* 68(Supplement), S1–S19 (online verfügbar, abgerufen am 6. Juli 2026. Das gilt für alle Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.).

Erkenntnisse und institutionelle Besonderheiten des deutschen Fiskalsystems systematisch nutzt, um diesen kurzfristigen Wechselwirkungen explizit Rechnung zu tragen. Auf dieser Grundlage wird untersucht, wie stark Änderungen des Staatskonsums² und der Steuern³ das BIP in Deutschland beeinflussen (Kasten).

Deutschlands Fiskalpolitik wird deutlich expansiver

Die Erwartungen zum künftigen finanzpolitischen Kurs Deutschlands haben sich innerhalb kurzer Zeit verändert (Abbildung 1). Während das DIW Berlin in seiner Winterprognose 2024⁴ noch von einer schrittweisen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ausging, rechnet es inzwischen mit deutlich höheren Defiziten. Das strukturelle Primärdefizit – also der um Konjunktoreinflüsse bereinigte negative Finanzierungssaldo des Staates ohne Zinsausgaben – wurde nach Bekanntwerden des Sondervermögens und der Reform der Schuldenbremse in der DIW-Prognose für das Jahr 2026 um rund 1,4 Prozentpunkte des Produktionspotenzials nach oben korrigiert.⁵ Die erwartete Ausrichtung der deutschen Fiskalpolitik hat sich damit von einer Konsolidierung hin zu einem deutlich expansiveren Kurs verschoben.

Wie sich die zusätzlichen fiskalischen Spielräume auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken, hängt maßgeblich davon ab, über welche Instrumente sie genutzt werden. Zusätzliche Mittel können in Form höherer öffentlicher Investitionen, eines höheren Staatskonsums oder steuerlicher Entlastungen eingesetzt werden. Da auch die erweiterten Spielräume nicht zuletzt durch die europäischen Fiskalregeln begrenzt sind, konkurrieren diese Instrumente um dieselben Mittel: Jeder Euro, der für zusätzlichen Staatskonsum verwendet wird, steht nicht für Investitionen oder steuerliche Entlastungen zur Verfügung. Während frühere Studien des DIW Berlin die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen öffentlicher Investitionen untersucht haben,⁶ konzentriert sich dieser Bericht auf zwei weitere wichtige fiskalpolitische Instrumente: Änderungen des Staatskonsums und der Steuern. Um ihre gesamtwirtschaftlichen Wirkungen bestimmen zu können, müssen die konjunkturellen und politisch bedingten Veränderungen jedoch voneinander getrennt werden.

² Der Staatskonsum umfasst die laufenden Konsumausgaben des Staates gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, insbesondere Arbeitnehmerentgelte (beispielsweise für Lehrkräfte, Polizei oder Verwaltung) sowie Vorleistungskäufe und Sachleistungen (etwa IT-Dienstleistungen oder Beschaffungen für den laufenden Betrieb). Nicht enthalten sind öffentliche Investitionen und monetäre Transfers wie Renten.

³ Die hier betrachtete Einnahmengröße umfasst neben den Steuern auch die Nettosozialbeiträge. Der Lesbarkeit halber ist im Folgenden verkürzt von Steuern die Rede.

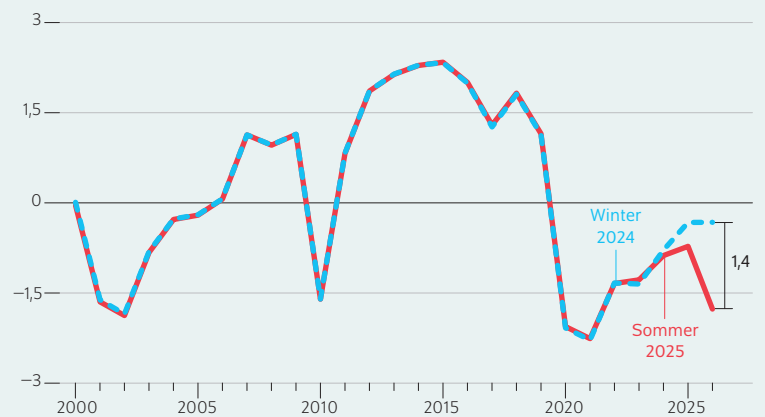
⁴ Vgl. Geraldine Dany-Knedlik et al. (2024): Deutsche Wirtschaft dümpelt vor sich hin – Handelskonflikte bedrohen Weltwirtschaft. DIW Wochenbericht Nr. 50, 797–832 (online verfügbar).

⁵ Vgl. Geraldine Dany-Knedlik et al. (2025): Zollchaos überschattet Weltwirtschaft – Finanzpaket stützt deutsche Konjunktur. DIW Wochenbericht Nr. 24, 349–385 (online verfügbar).

⁶ Vgl. Geraldine Dany-Knedlik, Alexander Kriwoluzky und Malte Rieth (2025): Sondervermögen für Infrastruktur: 500-Milliarden-Euro-Investitionspaket würde deutsche Wirtschaft aus der Krise holen. DIW Aktuell 111 (online verfügbar).

Abbildung 1

Struktureller Primärsaldo vor und nach Revision der DIW-Konjunkturprognose infolge expansiver Fiskalpolitik Anteil am Potenzial in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt und DIW-Konjunkturprognosen.

© CC BY 4.0

Die deutsche Fiskalpolitik dürfte sich von einer Konsolidierung zu einem deutlich expansiveren Kurs verschieben.

Bestimmung fiskalischer Multiplikatoren

Die Steuereinnahmen sowie der Staatskonsum in Relation zum Bruttoinlandsprodukt haben seit der Wiedervereinigung teils erhebliche Schwankungen erfahren (Abbildung 2). Besonders deutlich wird dies bei der Steuerquote, also dem Anteil der staatlichen Steuereinnahmen am BIP. In wirtschaftlichen Abschwüngen geht sie regelmäßig zurück, während sie in Phasen kräftigen Wachstums zunimmt. Dieser Zusammenhang ergibt sich zum großen Teil automatisch: Steigen Beschäftigung, Löhne und Unternehmensgewinne, erhöht sich das Steueraufkommen auch ohne Änderung der Steuersätze. Aufgrund der Progression insbesondere der Einkommensteuer steigt das Steueraufkommen dabei häufig stärker als die Wirtschaftsleistung, sodass auch die Steuerquote zunimmt. Umgekehrt geht sie in Rezessionen zurück, selbst wenn keine steuerpolitischen Maßnahmen beschlossen werden. Ein erheblicher Teil der beobachteten Schwankungen der Steuerquote spiegelt daher die konjunkturelle Entwicklung wider.

Gerade deshalb sollen bei der Bestimmung fiskalischer Multiplikatoren diese automatischen konjunkturellen Bewegungen herausgerechnet werden. Ziel ist es, die wirtschaftlichen Effekte diskretionärer Maßnahmen zu bestimmen – also Änderungen des Staatskonsums oder der Steuern, die politisch beschlossen werden und nicht automatisch aus dem Konjunkturverlauf folgen. Nur solche politisch veranlassten Veränderungen erlauben Rückschlüsse darauf, wie Änderungen des Staatskonsums oder der Steuern die wirtschaftliche Aktivität beeinflussen. Dies wird dadurch erschwert, dass Staatskonsum, Steuereinnahmen und BIP gleichzeitig aufeinander reagieren. Höhere Einkommen erhöhen

Kasten

Schätzung fiskalischer Multiplikatoren

Zur Schätzung fiskalischer Multiplikatoren wird ein Modell verwendet, das die gemeinsame Entwicklung von Staatskonsum (g_t), Wirtschaftsleistung (y_t) und Steuereinnahmen zusammen mit Nettosozialbeiträgen (t_t) beschreibt:

$$g_t = \alpha_{g0} y_t + \alpha_{gt} t_t + b_1' x_{t-1} + u_t^g$$

$$y_t = \alpha_{y0} g_t + \alpha_{yt} t_t + b_2' x_{t-1} + u_t^y$$

$$t_t = \alpha_{t0} g_t + \alpha_{ty} y_t + b_3' x_{t-1} + u_t^t$$

Die Koeffizienten (α) beschreiben die kurzfristigen Wechselwirkungen zwischen Fiskalpolitik und Wirtschaftsleistung. Beispielsweise gibt (α_{ty}) an, wie stark die Steuereinnahmen unmittelbar auf Veränderungen der Wirtschaftsleistung reagieren. Die Vektoren (x_{t-1}) enthalten verzögerte Werte der betrachteten Variablen, während die Terme (u_t) unerwartete Änderungen des Staatskonsums, der Wirtschaftsleistung und der Steuereinnahmen erfassen.

Die wirtschaftswissenschaftliche Literatur zeigt, dass Annahmen über diese kurzfristigen Zusammenhänge entscheidend für die Höhe der geschätzten Fiskalmultiplikatoren sind.¹ Anstatt einzelne Koeffizienten fest vorzugeben, nutzt dieser Bericht theoretische Erkenntnisse sowie institutionelles Wissen über das deutsche Steuer- und Ausgabensystem, um plausible Wertebereiche für diese Zusammenhänge abzuleiten.² So wird beispielsweise berücksichtigt, dass die Steuereinnahmen kurzfristig positiv auf eine höhere Wirtschaftsleistung reagieren, während Änderungen des Staatskonsums innerhalb eines Quartals nur begrenzt durch die aktuelle Konjunktur beeinflusst werden können. Zusätzlich werden die außergewöhnlichen Beobachtungen des Corona-Jahres 2020 bei der Schätzung gesondert behandelt, damit die pandemiebedingten Ausschläge die geschätzten Zusammenhänge nicht dominieren.³

¹ Vgl. Mertens und Ravn (2014), a. a. O.

² Der Ansatz folgt Christiane Baumeister und James D. Hamilton (2015): Sign Restrictions, Structural Vector Autoregressions, and Useful Prior Information. *Econometrica* 83(5), 1963–1999. Die Studie nutzt theoretische und institutionelle Informationen als A-priori-Wissen zur Identifikation struktureller VAR-Modelle.

³ Hierfür werden sogenannte pandemische Priors verwendet; vgl. Danilo Cascaldi-Garcia (2022): Pandemic Priors. *International Finance Discussion Papers* 1352, Board of Governors of the Federal Reserve System (online verfügbar).

Die Schätzungen basieren auf vierteljährlichen Daten für Deutschland von 1991 bis 2025. Der Staatskonsum umfasst die Konsumausgaben des Staates gemäß den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die staatlichen Einnahmen setzen sich aus Steuereinnahmen und Nettosozialbeiträgen zusammen. Für die Schätzung werden alle Variablen als preisbereinigte, logarithmierte Pro-Kopf-Größen betrachtet. Die ausgewiesenen Multiplikatoren sind entsprechend in realen Größen zu interpretieren (preisbereinigte Euro je preisbereinigtem Euro). Mithilfe eines an große Schocks angepassten Beveridge-Nelson-Filters werden langfristige Trends von kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen getrennt; die Anpassung trägt insbesondere den außergewöhnlichen Ausschlägen der Pandemiejahre Rechnung.⁴ Die Analyse konzentriert sich somit auf die zyklischen Komponenten von Staatskonsum, Wirtschaftsleistung und staatlichen Einnahmen.

Aus den geschätzten Reaktionen werden kumulierte Multiplikatoren berechnet, indem die aufsummierte Reaktion der Wirtschaftsleistung ins Verhältnis zur aufsummierten Reaktion der jeweiligen Fiskalgröße gesetzt und mit deren durchschnittlichem Anteil am BIP in Euro je Euro umgerechnet wird:

$$\mu_f^H = \frac{\sum_{h=0}^H \beta_{y/f}^h}{\sum_{h=0}^H \beta_{f/f}^h \times \frac{\bar{F}}{\bar{Y}}}, f \in \{t, g\}.$$

Dabei ist μ_f^H der kumulierte Multiplikator der Fiskalgröße f (Einnahmen beziehungsweise Staatskonsum) über einen Horizont von H Quartalen. $\beta_{y/f}^h$ bezeichnet die Reaktion der Wirtschaftsleistung h Quartale nach einem unerwarteten Impuls der Fiskalgröße f . $\beta_{f/f}^h$ die Reaktion der Fiskalgröße auf ihren eigenen Impuls. Der Faktor $\bar{F}/\bar{Y}$ entspricht dem durchschnittlichen Anteil der jeweiligen Fiskalgröße am BIP über den Schätzzeitraum (rund 20 Prozent beim Staatskonsum, rund 23 Prozent bei den Einnahmen) und überführt das Verhältnis in Euro je Euro.

⁴ Vgl. Güneş Kamber, James Morley und Benjamin Wong (2025): Trend-cycle decomposition in the presence of large shocks. *Journal of Economic Dynamics and Control* 173, 105066 (online verfügbar).

beispielsweise das Steueraufkommen, während steuerliche Entlastungen oder zusätzliche staatliche Nachfrage die Wirtschaftsleistung beeinflussen können.

Die diesem Bericht zugrunde liegende Schätzmethode nutzt theoretische Erkenntnisse und institutionelles Wissen über diese kurzfristigen Wechselwirkungen, um die eigenständigen Effekte fiskalpolitischer Maßnahmen von den allgemeinen konjunkturellen Entwicklungen zu trennen (Kasten). Auf dieser Grundlage lassen sich die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen von Änderungen des Staatskonsums und der Steuern für Deutschland bestimmen.

Staatskonsum stabilisiert rasch, Steuersenkungen wirken nachhaltiger

Die geschätzten kumulierten Multiplikatoren für Staatskonsum und Steuern geben über den Zeitverlauf an, um wie viele Euro sich die Wirtschaftsleistung verändert, wenn der Staat einen zusätzlichen Euro für Staatskonsum ausgibt beziehungsweise die Steuerlast um einen Euro senkt (Abbildung 3).⁷ Die geschätzten Multiplikatoren unterscheiden

⁷ Im zugrunde liegenden Modell gelten die entsprechenden Zusammenhänge spiegelbildlich auch für Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen.

sich sowohl hinsichtlich ihrer Stärke als auch ihres zeitlichen Verlaufs.

Unmittelbar nach einer Erhöhung des Staatskonsums liegt der Staatskonsummultiplikator bei rund eins. Ein zusätzlicher Euro Staatskonsum erhöht das BIP bereits im Quartal der Maßnahme um etwa einen Euro. In den folgenden Quartalen nimmt die Wirkung zunächst leicht zu und erreicht nach etwa einem Jahr ihren Höchstwert von rund 1,10 Euro. Anschließend geht der Multiplikator wieder leicht zurück und stabilisiert sich in der Nähe von eins. Die Ergebnisse deuten damit auf eine schnelle Wirkung des Staatskonsums hin, liefern jedoch keine Hinweise auf wesentliche Verstärkungseffekte über den ursprünglichen Nachfrageimpuls hinaus.

Die Wirkungen von Steueränderungen entfalten sich dagegen langsamer. Im Quartal einer Steuersenkung⁸ erhöht sich die Wirtschaftsleistung zunächst um rund 0,70 Euro je Euro geringerer Steuerbelastung. In den folgenden Quartalen steigt der Multiplikator jedoch kontinuierlich an und erreicht nach rund zwei Jahren Werte von rund 1,8. Steuerliche Maßnahmen entfalten damit mittelfristig stärkere gesamtwirtschaftliche Wirkungen als Änderungen des Staatskonsums.

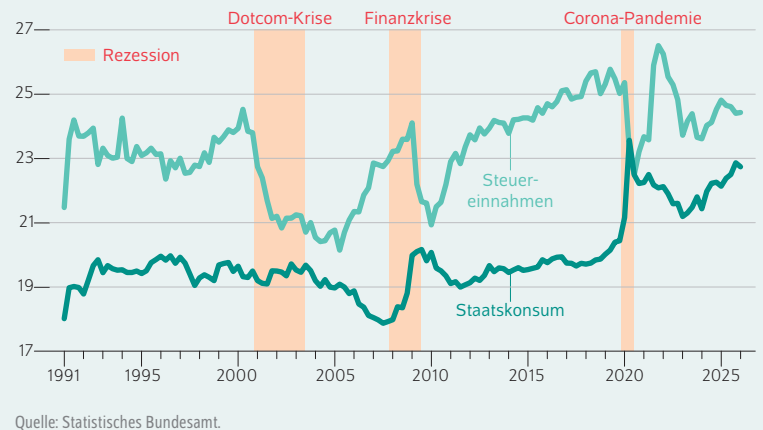
Die unterschiedlichen zeitlichen Verläufe lassen sich durch die verschiedenen Wirkungsmechanismen der beiden Instrumente erklären. Zusätzlicher Staatskonsum erhöht die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen unmittelbar im Quartal der Maßnahme und zeigt daher schnell Wirkung. Die zusätzliche Nachfrage kann Einkommen, privaten Konsum und Investitionen stimulieren. Gleichzeitig können Haushalte und Unternehmen ihre Entscheidungen anpassen, etwa indem sie einen Teil der zusätzlichen Einkommen sparen oder Investitionen zurückstellen, wenn sie künftig höhere Steuern erwarten. Wie stark sich der ursprüngliche Nachfrageimpuls verstärkt oder abschwächt, hängt letztlich davon ab, welcher dieser Effekte überwiegt.

Steueränderungen wirken dagegen vor allem über die Entscheidungen und Erwartungen privater Haushalte und Unternehmen. Niedrigere Steuern erhöhen zunächst deren finanzielle Spielräume und können Konsum, Arbeitsangebot und Investitionen anregen. Zugleich verbessern sie die Anreize für zusätzliche Arbeit, Produktion und Investitionen. Entscheidend ist jedoch, wie dauerhaft die Entlastungen eingeschätzt werden. Erwarten Haushalte und Unternehmen, dass heutige Steuersenkungen künftig durch höhere Steuern oder geringere Staatsausgaben ausgeglichen werden, können sie einen Teil der zusätzlichen Mittel zunächst sparen oder Investitionen aufschieben. Erst wenn sich Konsum-, Arbeits- und Investitionsentscheidungen schrittweise anpassen, entfalten Steueränderungen ihre volle gesamtwirtschaftliche Wirkung.

⁸ Die Schätzung bezieht sich auf aggregierte Änderungen der staatlichen Steuereinnahmen einschließlich der Nettosozialbeiträge. Unterschiede zwischen einzelnen Steuerarten, beispielsweise der Einkommen-, Unternehmen- oder Mehrwertsteuer, werden in diesem Bericht nicht untersucht.

Abbildung 2

Entwicklung der Steuern und des Staatskonsums Anteil an BIP in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© CC BY 4.0

Steuern und Staatskonsum unterliegen erheblichen Schwankungen.

Die Ergebnisse dieses Berichts bestätigen zwei zentrale Befunde der neueren Literatur. Zum einen entfaltet zusätzlicher Staatskonsum seine Wirkung rasch und erhöht die Wirtschaftsleistung bereits kurzfristig deutlich. Der geschätzte Staatskonsummultiplikator liegt mit rund eins im Bereich früherer Schätzungen für Deutschland.⁹ Zum anderen erreichen steuerliche Entlastungen ihre größte Wirkung erst mit zeitlicher Verzögerung, können dann aber stärkere gesamtwirtschaftliche Impulse auslösen. Der geschätzte Steuermultiplikator liegt nahe bei neueren Arbeiten für Deutschland, die Antizipationseffekte berücksichtigen, sowie bei internationalen Studien auf Basis narrativer Identifikationsansätze.¹⁰ Die Unsicherheit der Schätzungen nimmt mit dem Zeithorizont zu. Die Ergebnisse sprechen jedoch robust dafür, dass Steueränderungen über mehrere Jahre hinweg stärker wirken als Änderungen des Staatskonsums.

Fazit: Gezielter Einsatz finanzpolitischer Mittel ist entscheidend

Die Ergebnisse dieses Berichts verdeutlichen, dass Maßnahmen, die private Haushalte und Unternehmen über Anreize beeinflussen, ihre Wirkung typischerweise langsamer entfalten als zusätzlicher Staatskonsum, langfristig jedoch größere gesamtwirtschaftliche Impulse auslösen können. Die aktuelle wirtschaftspolitische Debatte geht aber über die beiden in diesem Bericht untersuchten Instrumente hinaus: Mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität

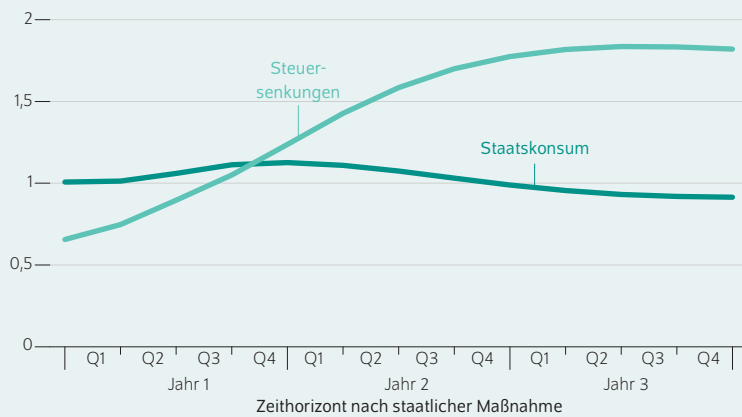
⁹ Vgl. Christian Breuer und Thiess Büttner (2010): Fiscal Policy in a Structural VAR Model for Germany. Beiträge zur Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2010: Ökonomie der Familie (online verfügbar); Tim Oliver Berg (2015): Time Varying Fiscal Multipliers in Germany (online verfügbar).

¹⁰ Vgl. Désirée I. Christofzik, Angela Fuest und Robin Jessen (2022): Macroeconomic Effects of the Anticipation and Implementation of Tax Changes in Germany: Evidence from a Narrative Account. *Economica* 89 (353), 62–81 (online verfügbar); Christina D. Romer und David H. Romer (2010): The Macroeconomic Effects of Tax Changes: Estimates Based on a New Measure of Fiscal Shocks. *American Economic Review* 100(3), 763–801; Karel Mertens und Morten O. Ravn (2014), a. a. O.

Abbildung 3

Fiskalmultiplikatoren für Steuererleichterungen und Ausweitungen des Staatskonsums

Kumulierter Fiskalmultiplikator



Quelle: Eigene Berechnungen.

© CC BY 4.0

Staatskonsum stabilisiert die Wirtschaftsleistung rasch, Steuersenkungen wirken stärker, aber langsamer.

stehen verstärkt öffentliche Investitionen im Mittelpunkt, die nach früheren Studien neben kurzfristigen Nachfrageeffekten das Produktionspotenzial und die langfristigen Wachstumsperspektiven stärken können.¹¹

Das jüngst vereinbarte Reformpaket der Bundesregierung zeigt, wie wichtig die Wahl der finanzpolitischen Instrumente ist. Neben steuerlichen Entlastungen umfasst das Paket Maßnahmen zur Stärkung von Arbeitsanreizen, Reformen des Arbeitsmarkts sowie weitere Schritte zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Die Ergebnisse dieses Berichts sprechen dafür, dass die Nutzung der erweiterten fiskalischen Spielräume nicht allein auf kurzfristige Nachfrageeffekte ausgerichtet werden sollte. Entscheidend wird vielmehr sein, öffentliche Investitionen, steuerliche Entlastungen und weitere wachstumsfördernde Reformen so zu kombinieren, dass sowohl die kurzfristige wirtschaftliche Stabilisierung als auch die langfristige Stärkung des Produktionspotenzials unterstützt werden.

¹¹ Für eine Schätzung und Zerlegung des Investitionsmultiplikators vgl. Malte Rieth, Marius Clemens und Claus Michelsen (2025): An Estimation and Decomposition of the Government Investment Multiplier. DIW Discussion Paper Nr. 2106 (online verfügbar) sowie für einen Überblick über die produktionssteigernde Wirkung öffentlichen Kapitals Pedro R. D. Bom und Jenny E. Ligthart (2014): What Have We Learned from Three Decades of Research on the Productivity of Public Capital? Journal of Economic Surveys 28(5), 889–916.

Geraldine Dany-Knedlik ist stellvertretende Leiterin der Abteilung Makroökonomie und Forschungsbereichsleiterin Prognose und Konjunkturpolitik im DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Alexander Kriwoluzky ist Leiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | akriwoluzky@diw.de

Jo-Ya Kung ist Doktorandin in der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | jkung@diw.de

Ruben Staffa ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Makroökonomie im DIW Berlin | rstaffa@diw.de

JEL: E62, E32, H20, H50, C32

Keywords: Fiscal multipliers, Government consumption, Tax policy, Structural vector autoregression, fiscal policy

© Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 29/2026:

www.diw.de/diw_weekly



INTERVIEW



„Die Wahl des Instruments ist zentral für Wirkung der Fiskalpolitik“

Ruben Staffa, Wissenschaftler in der Abteilung
Makroökonomie im DIW Berlin

- Herr Staffa, die Wirkung fiskalpolitischer Maßnahmen auf die Wirtschaftsleistung wird häufig mithilfe sogenannter fiskalischer Multiplikatoren beschrieben. Was kann man darunter verstehen?** Fiskalmultiplikatoren zeigen an, wie stark sich das Bruttoinlandsprodukt verändert, wenn der Staat einen zusätzlichen Euro ausgibt oder Haushalte und Unternehmen um einen Euro steuerlich entlastet werden. Ein Multiplikator über eins zeigt an, dass die Wirtschaftsleistung mehr steigt als um den Betrag, den der Staat ursprünglich dafür eingesetzt hat. Liegt er unter eins, steigt die Wirtschaftsleistung um weniger als den eingesetzten Betrag. In unserem Bericht sind diese Multiplikatoren das zentrale Maß, mit dem wir die finanzpolitischen Instrumente, nämlich Staatskonsum und Steuern, miteinander vergleichen.
- Wie würde es sich auf die Wirtschaftsleistung auswirken, wenn Deutschland seine aktuellen fiskalischen Spielräume für zusätzlichen Staatskonsum nutzt?** In diesem Fall würde die Wirkung sehr schnell erfolgen. Ein zusätzlicher Euro Staatskonsum würde das Bruttoinlandsprodukt bereits im selben Quartal um etwa einen Euro steigern. Nach etwa einem Jahr würde die Wirkung ihren Höchstwert von 1,10 Euro erreichen. Danach sinkt der Multiplikator wieder und pendelt sich über den betrachteten Zeitraum von drei Jahren knapp unter eins ein.
- Wie ist diese Wirkung zu erklären?** Bei zusätzlichem Konsum fragt der Staat letztlich Güter und Dienstleistungen direkt nach. Die dadurch entstehenden Einkommen können dann privaten Konsum oder Investitionen zusätzlich anregen. Aber Haushalte und Unternehmen könnten auch erwarten, dass diese zusätzlichen Ausgaben durch höhere Steuern refinanziert werden müssen und sich deswegen beim Konsum oder bei Investitionen zurückhalten. Diese entgegengesetzten Effekte gleichen sich in unseren Schätzungen ungefähr aus. So kommt es zu einem Multiplikator von etwa eins.
- Wie würde sich eine Senkung der Steuern auf die Wirtschaftsleistung auswirken?** Steuersenkungen wirken zunächst verzögert, sie entfalten aber mittelfristig eine stärkere Wirkung. Das heißt, im Quartal der Entlastung steigt die Wirtschaftsleistung um circa 70 Cent je Euro geringerer Steuerbelastung. Der Multiplikator nimmt dann aber kontinuierlich zu und erreicht nach rund zwei Jahren etwa 1,80 Euro je Euro Steuerentlastung.
- Warum entfaltet sich die Wirkung von Steueränderungen langsamer?** Steuersenkungen schaffen keine direkte Nachfrage, sondern wirken über die Entscheidung von Haushalten und Unternehmen. Das heißt, sie verbessern Anreize, zu arbeiten, zu produzieren und zu investieren. Dieser Anpassungsprozess benötigt aber Zeit. Zudem hängt die Wirkung auch davon ab, wie dauerhaft die Steuerentlastung letztlich eingeschätzt wird. Die volle gesamtwirtschaftliche Wirkung entfaltet sich erst, wenn sich Konsum-, Arbeits- und Investitionsentscheidungen schrittweise angepasst haben.
- Welche Bedeutung haben Ihre Ergebnisse für die Wirtschaftspolitik?** Entscheidend ist nicht nur die Höhe der Staatsausgaben, sondern auch das gewählte Instrument. Auch die zusätzlichen fiskalischen Spielräume Deutschlands sind letztlich begrenzt. Daher ist eine gezielte Mittelverwendung wichtig. Unsere Ergebnisse sprechen dafür, die verschiedenen Instrumente zu kombinieren. Der Staatskonsum ist geeignet für eine kurzfristige konjunkturelle Stabilisierung, steuerliche Entlastungen für stärkere Impulse über die mittlere Frist. Frühere DIW-Studien zeigen zudem, dass öffentliche Investitionen zur Stärkung des Produktionspotenzials und der langfristigen Wachstumsperspektiven beitragen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

© Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview

SOEP Papers Nr. 1240

2026 | Li Kathrin Kaja Rupieper, Stephan Thomsen



Adult Education and Political Participation: Evidence from East German Volkshochschulen

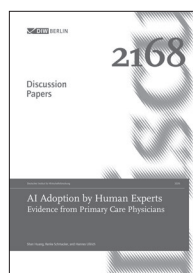
This paper examines the effects of voluntary, non-formal adult education on political attitudes, participation, and partisanship, exploiting the expansion of courses at East German Volkshochschulen (VHS) after reunification. Combining administrative VHS data with individual survey data and federal election results, we use quasi-random variation in local course availability to identify causal effects in two-way fixed effects models. We find no significant impact on political attitudes and partisanship, suggesting that political socialization and ideologization play limited roles in adult education. Yet, courses significantly affect some forms of political participation, as they increase volunteering and reduce turnout. These effects are not driven by civic education courses. Further participatory behaviors remain unaffected. This variation in effects across participatory behaviors hints to a more complex relationship than commonly assumed: One may only understand the effect of adult education on political participation when understanding its effects on other areas of life as well, given the interplay of the productive and political roles of human capital.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2168

2026 | Shan Huang, Renke Schmacker, Hannes Ullrich



AI Adoption by Human Experts: Evidence from Primary Care Physicians

AI can raise productivity by extracting information from rich data, yet little is known about how experts weigh AI-generated signals against established decision-support tools. We conduct a nationwide survey experiment with 372 Danish primary care physicians (21.5% of all clinics), who make diagnostic and treatment decisions on urinary tract infection vignettes before and after receiving a diagnostic signal. Holding accuracy constant, we randomize between-subjects whether the signal appears as an AI prediction or a commonly used dipstick test result. Physicians update beliefs 41% less in response to AI than

to dipstick signals, consistent with AI skepticism. Roughly one-third of physicians ignore the AI tool; linked administrative data show that these non-adopters resemble adopters on a range of observables, including clinical practice and prescribing measures, except for lower baseline technology use at their clinics. When physicians use the AI tool, they ignore asymmetry in informativeness between positive and negative signals and, when shown both the AI and a redundant signal, exhibit correlation neglect. These frictions in information processing lead to increased antibiotic prescribing with the AI signal. Our findings highlight the importance of training and information design for AI implementation.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



SOEP Papers Nr. 1241

2026 | Laszlo Goerke, Markus M. Grabka, Viola Hilbert, Yue Huang



Industrial Relations and Working from Home in Germany during the COVID-19 Pandemic

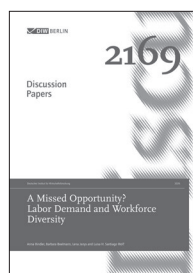
We investigate the role of industrial relations for working from home during and after the COVID-19 pandemic in Germany. Using data from the German Socio-Economic Panel (SOEP) for the years 2020 to 2023 and a special COVID sample (SOEP-CoV) for 2020 and 2021, we examine how collective bargaining and plant-level co-determination are associated with the incidence and frequency of working from home. Controlling for worker, firm, occupation, and industry characteristics, we find that employees covered by a collective bargaining agreement are less likely to work from home and do so less frequently than uncovered employees. In contrast, the incidence and frequency of working from home are positively associated with the presence of a works council.

www.diw.de/publikationen/soeepapers



Discussion Papers Nr. 2169

2026 | Anna Bindler, Barbara Boelmann, Lena Janys and Luisa H. Santiago Wolf



A Missed Opportunity? Labor Demand and Workforce Diversity

How do labor demand shocks affect workforce diversity in the absence of targeted diversity policies? A conceptual framework illustrates the potential trade-off between the demographic and quality composition of a workforce when there is a positive labor demand shock. Exploiting the German reunification as a natural experiment, we analyze the academic labor market where nearly all social sciences professors in East Germany were replaced while STEM faculty remained largely unchanged. Using administrative data and a regional difference-in-differences design, we find increased dispersion in the institutional quality of hires, indicating that the new hires came from less select departments. At the same time, female representation did not increase despite qualified women in the pipeline. Instead, East German hiring patterns converged to those in West Germany in terms of gender composition. In simulations, we investigate implied losses: Under conservative assumptions, we show that, considering the pipeline of qualified applicants, the marginal female hire's quality is approximately half a standard deviation higher than the marginal male hire's quality.

At the same time, female representation did not increase despite qualified women in the pipeline. Instead, East German hiring patterns converged to those in West Germany in terms of gender composition. In simulations, we investigate implied losses: Under conservative assumptions, we show that, considering the pipeline of qualified applicants, the marginal female hire's quality is approximately half a standard deviation higher than the marginal male hire's quality.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





CLAUDIA KEMFERT

Tankrabbat hat Milliarden gekostet – und fast nichts gebracht

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Wer Energie dauerhaft bezahlbar machen will, muss die Ursachen hoher Preise bekämpfen. Die Antwort heißt Energiewende statt Tankrabbat. Der Tankrabbat war ein teures Kriseninstrument mit begrenzter Wirkung. Er entlastete vor allem diejenigen, die besonders viel Kraftstoff verbrauchten, und subventionierte den Verbrauch fossiler Energien. Rund 1,6 Milliarden Euro kostete die Maßnahme. Sozial treffsicher und wirtschaftlich effizient war sie nicht. Die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die zunehmenden Unsicherheiten auf den internationalen Energiemärkten zeigen, dass neue Energiepreisschocks jederzeit möglich sind. Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob sie kommen, sondern wie wir künftig darauf reagieren.

Die wichtigste Lehre aus den vergangenen Krisen ist einfach. Solange Deutschland in hohem Maße von importiertem Öl und Gas abhängig ist, bleiben wir verwundbar. Fossile Energien sind Krisenenergien. Ihre Preise entstehen nicht auf einem stabilen Markt, sondern werden von geopolitischen Konflikten, Kartellen, Lieferketten und Spekulation beeinflusst. Diese Risiken lassen sich nicht mit einem Tankrabbat beseitigen. Wenn Energiepreise stark steigen, braucht es selbstverständlich staatliche Unterstützung. Aber sie muss dort ankommen, wo sie wirklich benötigt wird. Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen tragen steigende Energiekosten oft besonders schwer. Sie gezielt zu entlasten, etwa über ein Klimageld oder direkte Zuschüsse zu Heiz- und Mobilitätskosten, ist gerechter und wirksamer als pauschale Steuersenkungen. Der Staat sollte knappe Mittel dort einsetzen, wo sie den größten gesellschaftlichen Nutzen entfalten.

Ebenso wichtig ist, dass Krisenhilfen die richtigen Anreize setzen. Jede staatliche Maßnahme sollte dazu beitragen, Energie effizienter zu nutzen und den Verbrauch fossiler Energien zu senken. Investitionen in die energetische Sanierung von Gebäuden, moderne Heizsysteme oder energieeffiziente Produktionsprozesse entlasten nicht nur kurzfristig, sondern dauerhaft. Die eigentliche Antwort auf hohe Energiepreise liegt jedoch im

Umbau unseres Energiesystems. Erneuerbare Energien sind heute nicht nur klimapolitisch sinnvoll, sondern auch ökonomisch die beste Absicherung gegen künftige Krisen. Sie können weder durch militärische Konflikte noch durch Embargos oder geopolitische Machtspiele verteuert werden. Mit jeder zusätzlichen Kilowattstunde aus Wind- und Solarenergie sinkt die Abhängigkeit von fossilen Importen. Speicher, intelligente Stromnetze und flexible Verbraucher*innen machen dieses System zunehmend resilient und kostengünstig.

Im Verkehrssektor gilt: Statt Milliarden in verbilligten Kraftstoff zu binden, sollte Deutschland endlich konsequent in Bus und Bahn investieren. Die Schieneninfrastruktur ist vielerorts überlastet, der öffentliche Nahverkehr leidet unter chronischer Unterfinanzierung. Ein leistungsfähiger öffentlicher Verkehr bietet den Menschen eine echte Alternative zum Auto und macht sie unabhängiger von schwankenden Ölpreisen. Gleichzeitig müssen Elektromobilität, Ladeinfrastruktur und Radverkehr weiter ausgebaut werden. Jeder vermiedene Liter Benzin oder Diesel erhöht unsere wirtschaftliche Resilienz.

Zudem brauchen auch Unternehmen keine kurzfristigen Subventionen für fossile Energien, sondern Planungssicherheit. Wer heute in Energieeffizienz, Elektrifizierung, erneuerbare Energien oder Speicher investiert, senkt seine Energiekosten nachhaltig und stärkt seine Wettbewerbsfähigkeit. Dauerhaft bezahlbare Energie entsteht nicht durch Subventionen für Öl und Gas. Sie entsteht durch erneuerbare Energien, Effizienz, moderne Infrastruktur und gezielte soziale Unterstützung. Die beste Energiepreisbremse ist deshalb nicht der nächste Tankrabbat. Die beste Energiepreisbremse ist die Energiewende.

Der Beitrag ist am 4. Juli 2026 als Gastbeitrag auf Focus Online erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>